



Oberbank Marktmeinung

Dezember 2011

Anleihen, Zins- und Währungserwartungen:

Leitzinsen: **USA: 0,25 %**
 EURO: 1,25 %
 JAPAN: 0,10 %

EURO-Anleihen:

Fremdwährungsanleihen:

Emerging Markets-Anleihen

Anleihen von Schuldern mit geringerer Bonität:

- gute Schuldner bis mittlere Laufzeiten
- mangels attraktiver Renditen zurückstellen
- breite Streuung bei Unternehmensanleihen

Interbank Sätze	EUR		
	3 Monate	2 Jahre	10 Jahre
1. Dezember	1,47	1,44	2,70
Erwartung Dez. 2011	1,40	1,60	2,70

Aktienmarkterwartungen:

Europa:
Österreich:
Amerika:
Asien/Japan:
Emerging Markets:

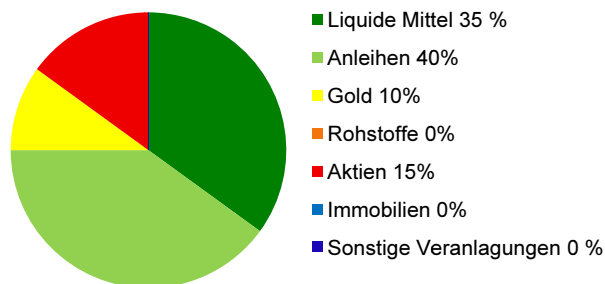
Aufgrund der nach wie vor ungelösten Finanzprobleme einiger EUR-Länder und der aufkommenden Konjunktur-Ängste reagieren die Aktienmärkte mit großen Schwankungen; erste Bodenbildungsversuche sind derzeit im Gange; es ist jedoch fraglich, ob sie gelingen

Sonstige Anlagemärkte:

Immobilien:
Rohstoffe:
Gold:

- weiterhin abwarten
- angeschlagen; leiden unter Konjunkturängsten
- nach wie vor im Aufwärtstrend

Oberbank-Asset-Mix:



Der Oberbank Asset-Mix dient all jenen InvestorInnen als Hilfestellung, die langfristig, unter Einbeziehung aller verfügbaren Anlageklassen und unter einem ausgewogenen Chancen-Risiko-Verhältnis veranlagen möchten. Dieser Mix wird monatlich neu angepasst und ist das Fazit der monatlichen Oberbank-Marktmeinung.

Ihre Oberbank Beraterin bzw. ihr Oberbank Berater wird gemeinsam mit Ihnen Ihren persönlichen Veranlagungs-Mix zusammenstellen.



Europa spart – USA wächst

Sowohl in Europa als auch in den USA war es in den letzten Jahren üblich, dass die Wirtschaft in schwierigen Zeiten durch höhere Staatsausgaben gestützt wird. Gleichzeitig wurde versucht, das dafür nötige Kapital so günstig wie möglich aufzunehmen. So wurde erklärt, dass Staatsanleihen aus den Euroländern risikolose Papiere sind und daher die Banken dafür keine Risikovorsorge treffen müssen.

Die niedrigen Zinsen und das damit billige Geld führten bei den Staaten zu nicht optimalem Kapitaleinsatz und vielfach wurde viel zu wenig auf ordentliche Steuereinnahmen geachtet. Die Anzahl der unproduktiv Beschäftigten wurde deutlich erhöht. Gleichzeitig wurden Förderungen und Sozialleistungen unangemessen ausgebaut. Dies geht so lange gut, bis die Staaten nicht mehr so billig an Kapital herankommen. Die Verschuldung ist gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) bei vielen Staaten nun bei 100 % oder sogar deutlich darüber.

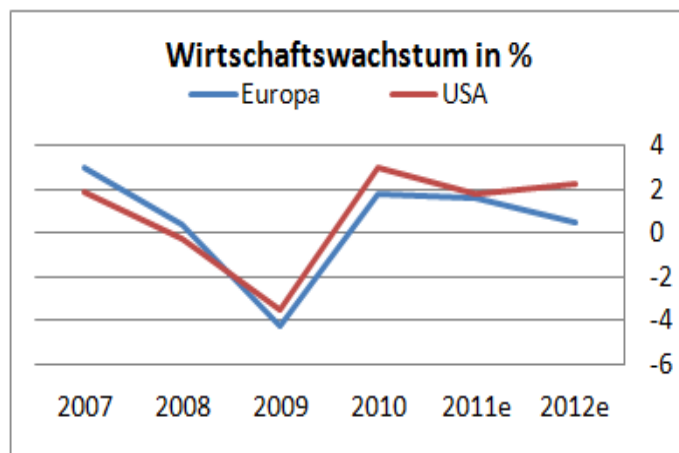
InvestorInnen verlangen nun von den Staaten für Kapital neue Sicherheiten (Haftung durch andere Staaten), Abbau der Verschuldungsquoten, oder hohe Zinsen. Hohe Zinsen führen dazu, dass die bestehenden Anleihen deutlich an Wert verloren haben. Dies belastet die Bilanzen der Gläubiger wie Banken und Versicherungen und führt somit zu neuen Problemen.

Die Haftung durch andere Euro-Staaten ist politisch nicht durchsetzbar.

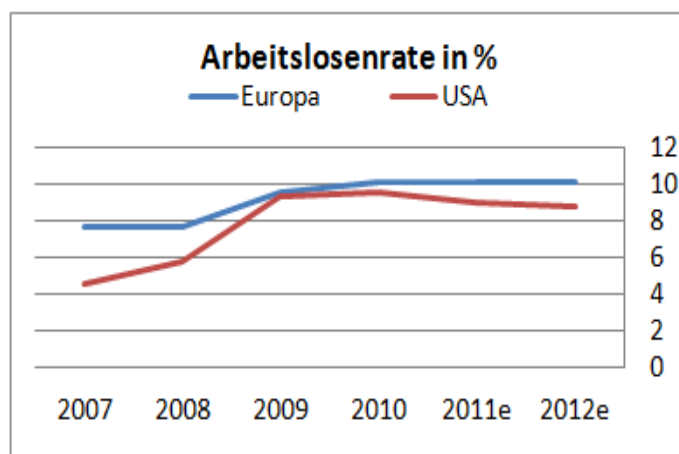
Der Abbau der Verschuldungsquoten kann durch geringere Staatsausgaben und höhere Steuereinnahmen erfolgen oder durch eine Steigerung der Wirtschaftsleistung.

Bei vielen Euro-Staaten wird die erste Variante versucht. Dadurch wird das Wirtschaftswachstum in Zukunft geringer ausfallen und die Arbeitslosenrate auf hohem Niveau bleiben oder weiter steigen. Diese Variante erfordert Strukturreformen und führt wahrscheinlich erst langfristig zum Erfolg.

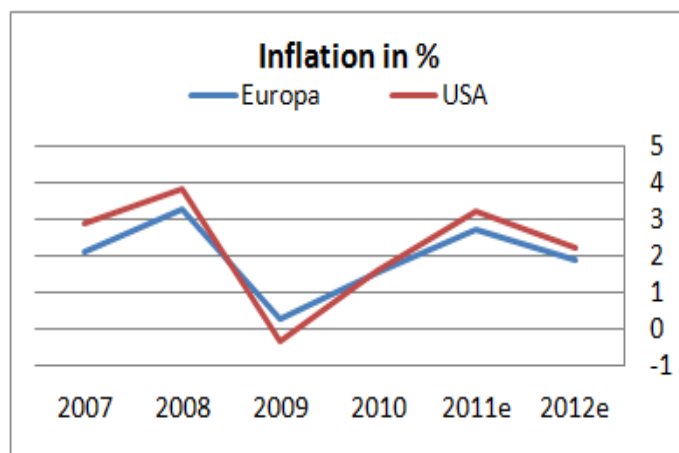
Die USA gehen den anderen Weg und versuchen über weiterhin hohe Staatsausgaben die Wirtschaftsleistung zu erhöhen und mittelfristig so die Verschuldungsquote zu reduzieren. Die dazu nötigen Staatsanleihen werden mit Hilfe der US-Notenbank (Erhöhung der Geldmenge) finanziert. Dies kann mittelfristig zu höheren Inflationsraten führen.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011; Darstellung Oberbank; e: erwartet



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011; Darstellung Oberbank; e: erwartet



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011; Darstellung Oberbank; e: erwartet



Anleihemärkte:

An den internationalen Anleihemärkten bleibt die Lage angespannt. In den letzten Wochen kam es bei mehreren Euro-Staaten zu einer Rating Herabstufung. Betroffen waren unter anderem Portugal und Belgien. Die Renditen dieser Staatsanleihen sind daraufhin deutlich angestiegen und die Kurse dementsprechend gefallen.

Bei Frankreich und Österreich gab es ebenfalls Gerüchte, dass diese Länder ihr „AAA“-Rating verlieren könnten. Dies belastete auch deren Anleihen. Die österreichische Regierung hat rasch reagiert und versucht mit einer Schuldenbremse das Vertrauen in die Bonität Österreichs wieder zu verbessern. Auch Deutschland (der beste Euro-Schuldner) musste zuletzt höhere Renditen für länger laufende Anleihen bieten.

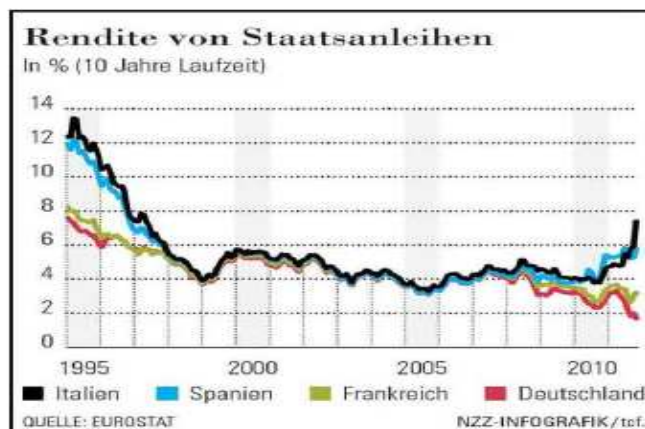
Die Staatsschuldenproblematik hat in Griechenland, Italien und zuletzt auch in Spanien zu politischen Veränderungen geführt. Diese neuen Regierungen wollen nun mittels Sparmaßnahmen die hohen Verschuldungen in den Griff bekommen. Dadurch steigen aber die sozialen Spannungen und gleichzeitig wird das Wirtschaftswachstum gebremst. Die Situation ist daher weiter angespannt und wir bleiben bei Staatsanleihen sehr vorsichtig.

Die schwächere Wirtschaftsentwicklung wird zwar die Firmen belasten, dennoch glauben wir, dass gute Unternehmensanleihen interessant sind. Eine breite Streuung erachten wir aber als sinnvoll.

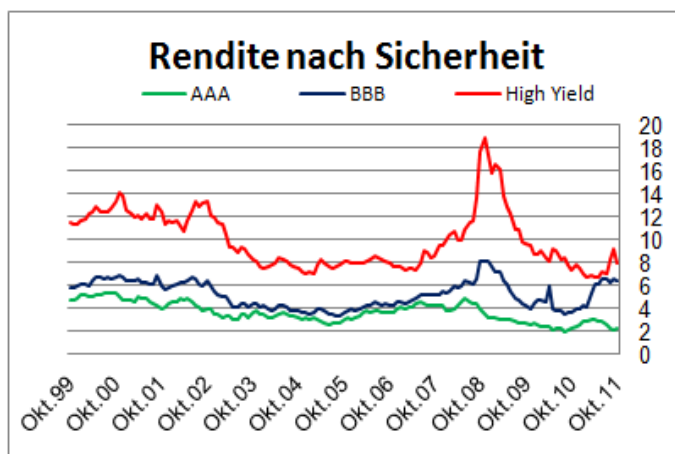
Währungen:

Die Euro-Staaten müssen sparen und die geringeren Staatsausgaben bremsen die Wirtschaft. Für 2012 wird wenn überhaupt nur ein geringes Wachstum erwartet. Aus den USA kamen dagegen zuletzt eher gute Konjunkturdaten und nächstes Jahr sollte sich die US-Wirtschaft deutlich besser entwickeln als im Euro-Raum.

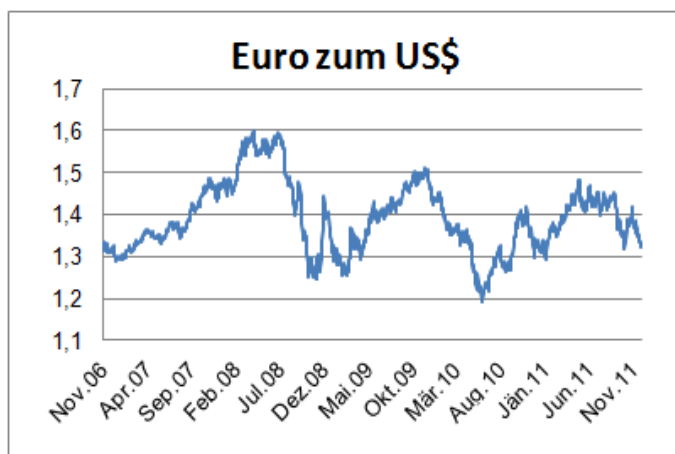
Dies führte dazu, dass der US-Dollar gegenüber dem Euro zulegen konnte. Der erwartete Wachstumsunterschied in den Volkswirtschaften scheint aber bereits eingepreist zu sein. Für die nächsten Wochen erwarten wir daher eher keine großen Bewegungen.



Stand Nov. 2011. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Quelle: Bloomberg, Okt. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Aktienmärkte:

An den internationalen Aktienmärkten war abermals die Schuldenkrise das marktbeherrschende Thema. Neuerliche Ratingherabstufungen bzw. die Angst vor Zurückstufungen verschärften zwischenzeitlich nochmals die Situation, da nun auch Kernländer betroffen waren. Aufgrund dieser Entwicklungen sank abermals die Kauflust der InvestorInnen und mit Ausnahme des Dow Jones Index verbuchten alle wichtigen Indizes im November Kursverluste.

Zu Monatsbeginn sorgte die Bildung von Übergangsregierungen in Griechenland und Italien kurzfristig für Entspannung, da dadurch die Hoffnungen auf weitere Fortschritte in der Bekämpfung der Euro-Schuldenkrise stiegen. Der extreme Renditeanstieg bei Staatsanleihen diverser Euroländer und die Angst, dass dadurch immer mehr Länder in den Krisenstrudel geraten könnten, schickten die Börsen jedoch wieder auf Talfahrt.

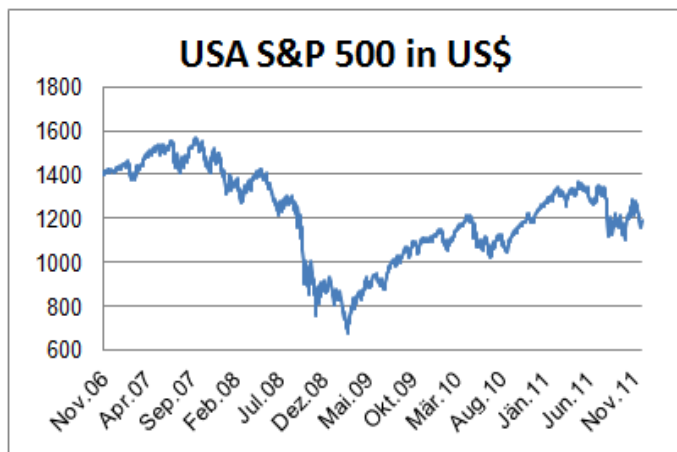
Da in Amerika das sogenannte Super-Komitee des US-Kongresses mit deren Verhandlungen über ein neues Sparprogramm scheiterte, wird nun auch in den USA eine Verschärfung der Schuldenkrise befürchtet. Die US-Schulden belaufen sich derzeit auf rund 15 Billionen Dollar.

Positive Unternehmensmeldungen und zahlreiche Konjunkturdaten wie etwa der Index der US-Frühindikatoren oder die Einkaufsmanagerindizes für den Euroraum, die sich zuletzt besser als erwartet entwickelt hatten, wurden in den vergangenen Wochen aufgrund der angespannten Marktlage von den Aktienmärkten weitgehend ignoriert.

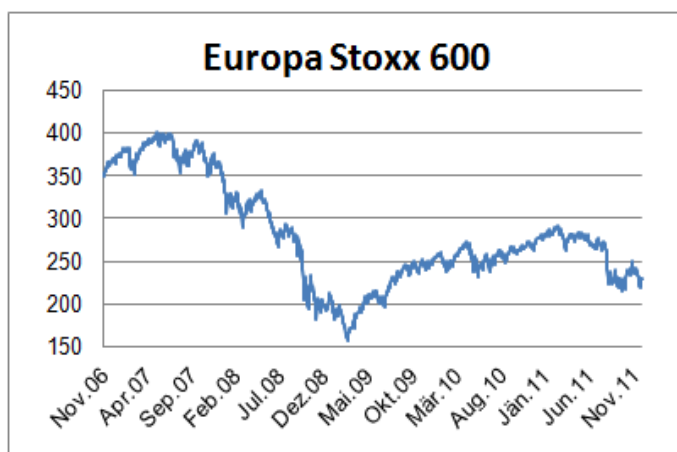
Standard & Poor's führte die bereits seit längerem angekündigte Rating-Aktualisierung von 37 der weltgrößten Banken durch. Im Zuge der Überprüfung wurde bei 15 Instituten die Kreditwürdigkeit herabgestuft. Dadurch werden höhere Finanzierungskosten dieser Geldhäuser befürchtet.

Mit einer konzentrierten Aktion der Zentralbanken, mit der das globale Interbankensystem mit zusätzlicher Liquidität versorgt werden soll, wurde am letzten Handelstag im November für eine kräftige Gegenbewegung an den Märkten gesorgt.

Aufgrund der Unsicherheiten und der nach wie vor anhaltenden Sensibilität der Aktienmärkte bleiben wir bei unserem Engagement im Aktienbereich weiterhin zurückhaltend.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Rohstoffe - Gold:

Die bedeutenden Rohstoffindizes verbuchten in den letzten Wochen teils kleinere Einbußen. Die europäische Schuldenkrise und die daraus resultierende Verunsicherung über den weiteren Konjunkturverlauf führten bei manchen Rohstoffen zu kräftigeren Kursverlusten. Bei den Sub-Indizes kam es vor allem im Agrarbereich und bei den Industriemetallen zu einem größeren Abgabedruck. Der Ölpreis konnte sich im Monatsverlauf stabilisieren und legte leicht zu.

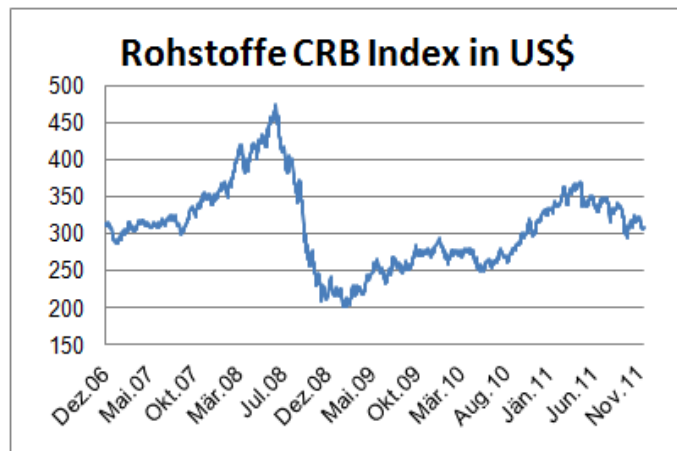
Der Goldpreis entwickelte sich im November trotz zwischenzeitlicher Gewinnmitnahmen und des wieder erstarkten US-Dollar erneut positiv. Seit einiger Zeit schon wird Gold nicht nur als sicherer Hafen in Krisenzeiten betrachtet, sondern wie ein ganz normales Anlageprodukt gehandelt. Dies und der weiterhin hohe Bedarf von Zentralbanken sollten auch in naher Zukunft den Goldpreis stützen.

Im dritten Quartal wurde von den Notenbanken weltweit so viel Gold wie seit Jahrzehnten nicht mehr aufgekauft. Länder wie Indien und China haben immer noch einen gehörigen Appetit auf dieses Edelmetall, da Gold in ihren Währungsreserven noch nicht so stark vertreten ist.

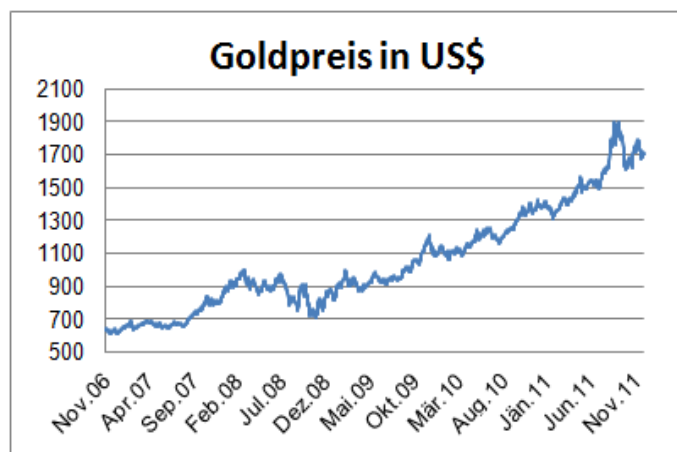
Immobilien:

In den USA hat sich in den vergangenen Wochen der Wohnbaumarkt etwas stabilisiert. Die letzten Zahlen der Baubeginne sanken auf das Jahr hochgerechnet lediglich um 0,3 Prozent. In diesem Bereich wurde von den ExpertInnen mit einem deutlicheren Rückgang gerechnet. Auch die Zahl der genehmigten Anträge lag klar über den Erwartungen.

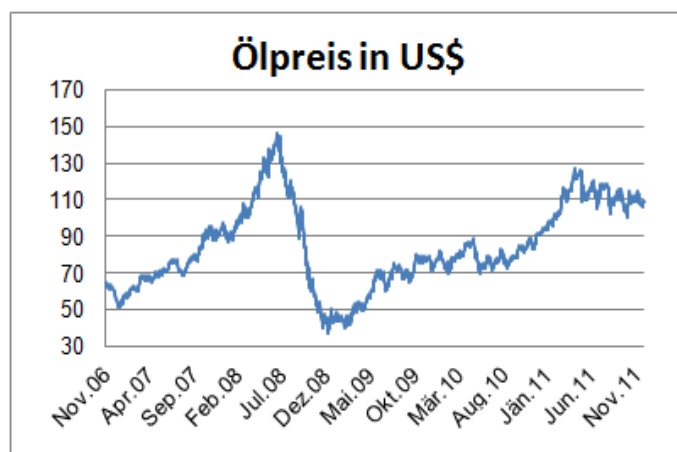
Trotz der weiterhin angespannten Situation bei den offenen Immobilienfonds - aktuell sind noch immer rund 6,5 Milliarden Euro Kapital in Fonds, die vor der Auflösung stehen, gebunden - wird bei einigen Gesellschaften die Wiedereröffnung ihrer Immobilienfonds vorbereitet. Dies könnte nun die erhoffte Wende in dieser Anlageklasse sein.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.



Quelle: Bloomberg, Nov. 2011, eigene Darstellung. Es handelt sich bei den angegebenen Werten um Vergangenheitswerte. Zukünftige Entwicklungen können davon nicht abgeleitet werden.

Hierbei handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Diese Unterlagen dienen lediglich der aktuellen Information und basieren auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen zum Erstellungszeitpunkt. Diese Unterlagen sind weder Angebot noch Aufforderung zum Kauf oder Verkauf der hier erwähnten Veranlagungen bzw. (Bank-)Produkte. Sämtliche in diesem Dokument enthaltenen Aussagen sind nicht als generelle Empfehlung zu werten. Obwohl wir die von uns beanspruchten Quellen als verlässlich einschätzen, übernehmen wir für die Vollständigkeit und Richtigkeit der hier wiedergegebenen Informationen keine Haftung. Insbesondere behalten wir uns einen Irrtum in Bezug auf Zahlenangaben ausdrücklich vor. Oberbank AG, Rechtsform: Aktiengesellschaft, Sitz: Linz, Firmenbuch Nr. FN 79063 w, Landesgericht Linz, DVR: 0019020